

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

10 Pfennig

Mittwoch

26. Januar 1927

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Docuets-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Noch nicht! Noch immer nicht!

Die Richtlinien werden noch krummgebogen.

Reichskanzler Dr. Marx suchte heute vormittag kurz nach 10 Uhr den Reichspräsidenten auf, um ihm über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regierungsbildung Bericht zu erstatten.

Die Verhandlungen über die „Formulierungen“ sind noch nicht zum Abschluß gekommen. An den Formulierungen über die Stellung zur Republik und zur Außenpolitik wird zur Stunde noch schwer gearbeitet.

Reichskanzler Dr. Marx hatte dann in Anwesenheit der Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Brauns eine Aussprache mit Vertretern der deutschnationalen Fraktion, der Deutschen Volkspartei und der Zentrumspartei. An dieser Besprechung nahmen teil von den Deutschnationalen die Abgg. Graf Westarp, Wallraf, Trebitanus, Rippel, von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz, Dr. Kempkes, Dr. Zapf und v. Bräuninghaus; vom Zentrum v. Guérard, Stegerwald, Joos, Esser.

Um 11 Uhr trat die demokratische Reichstagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, die aber sofort auf 12 1/2 Uhr vertagt wurde, weil die programmatischen Richtlinien von Dr. Marx noch nicht vorgelegt waren.

Um 1 Uhr trat die demokratische Reichstagsfraktion wieder zusammen. In diesem Zeitpunkt lagen die Richtlinien noch nicht vor. Der demokratische Parteivorstand, Dr. Koch, war bei Stresemann, es war jedoch durchaus zweifelhaft, ob die Richtlinien für die Regierungsbildung der demokratischen Fraktion vorgelegt werden würden, da die Deutschnationalen die Forderung aufgestellt haben, daß zunächst eine grundsätzliche Erklärung der Demokraten vorliegen müsse, daß sie bereit seien,

mit den Deutschnationalen zusammenzuarbeiten, ehe ihnen die Richtlinien vorgelegt werden könnten.

Es scheinen Staatsgeheimnisse zu sein, diese famosen Richtlinien, die nur gegen Zahlung eines Kotos vor den Deutschnationalen zur Kenntnisnahme ausgeliefert werden. Freilich, wenn man bedenkt, wieviel Schweiß und wieviel Arbeit in ihren Biegungen und Verbiegungen steckt, versteht man, daß sie nicht gratis abgegeben werden sollen.

Es geht los, es geht schon los. Echt Bürgerblock noch vor der endgültigen Geburt.

Gefler und die Demokraten.

Er will austreten.

In einem Teil der Berliner Presse wird heute das Gerücht wiedergegeben, daß der Reichswehrminister Dr. Gefler aus der Demokratischen Partei auszutreten beabsichtigt und dem Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion von diesem Entschluß in einem eingehenden Brief Kenntnis zu geben gedenkt.

Von verschiedenen demokratischen Parteiorganisationen im Lande sind in den letzten Tagen an den Vorstand der Demokratischen Partei Ausschlußanträge gegen den Reichswehrminister Dr. Gefler gerichtet worden.

Kütz geht nach Sachsen.

Da gehört er hin!

Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden, daß Dr. Kütz dem neuen Reichskabinett nicht mehr angehören werde und er das Amt des sächsischen Innenministers übernehmen soll. Der jetzige sächsische Innenminister Dr. Dehne habe diesen Posten nur provisorisch übernommen.

Stresemann erklärt sich.

Er sagt: Die Deutschnationalen sind unabweidungsfriedenspolitiker.

Herr Stresemann veröffentlicht in der Londoner „Times“ eine Erklärung über den Kurs der deutschen Außenpolitik unter dem Bürgerblock. Die Erklärung ist uneingestanden, aber offensichtlich ein Versuch, den Schäden entgegenzuwirken, die für die deutsche Außenpolitik schon durch die bloßen Verhandlungen über den Bürgerblock eingetreten sind.

Der Außenminister setzte dem Vertreter des englischen Blattes auseinander, daß es sich bei der jetzigen Krise nur um die Innenpolitik handle, nicht um die Außenpolitik. Er zitierte zu diesem Zweck die Reichstagsrede des Genossen Hermann Müller vom 17. Dezember v. J., in der gesagt wurde, die Stellung des Herrn Stresemann sei zurzeit derart unangefochten, daß die Führung außenpolitischer Verhandlungen unter der Krise nicht zu leiden brauche.

Herr Stresemann hat vergessen hinzuzufügen, daß die Verhältnisse seitdem eine gründliche Wandlung erfahren haben. Er hat bisher im wesentlichen die Politik getrieben, die die Sozialdemokratie schon lange vor ihm als die richtige erkannt hatte, und er hat das mit solchem Eifer getan, daß er sich dafür den Nobel-Preis holte. Jetzt schickt er sich an, seine Außenpolitik mit den Deutschnationalen zu machen. Und da wunderl er sich, daß in der ganzen Welt Beunruhigung über seine künftige Politik eingetreten ist?

Herr Stresemann versucht diese Unruhe zu besänftigen, indem er, an die Zitierung der Rede Müllers anknüpfend, fortfährt:

Demgemäß hat es auch bei allen Verhandlungen und Besprechungen, die über die Neubildung des Kabinetts seitdem geführt worden sind, als ganz selbstverständlich gegolten, daß die folgerichtigste Einhaltung unserer bisherigen außenpolitischen Linie unbedingt gewährleistet bleiben muß. Wie kann man überhaupt auf den Gedanken kommen, daß ich selbst oder Reichskanzler Marx eine Regierungsbildung mitmachen würde, bei der dies nicht der Fall wäre?

Ich bin auf meinem außenpolitischen Wege anfangs leidenschaftlicher Anfeindung in meinem Lande begegnet, wie jedem, der die Dinge verfolgt hat, in der Erinnerung ist. Von Locarno zurückgekehrt, habe ich an dem dort geschaffenen Werk um den Preis des Auseinanderfallens der damaligen Regierungsmehrheit festgehalten. Unmittelbar nach dem Austritt der deutschnationalen Minister aus dem ersten Kabinett Luther habe ich erklärt, daß wir das Vertragswerk von Locarno am 1. Dezember 1925 zu unterzeichnen entschlossen seien, auch wenn inzwischen der Reichstag aufgelöst werden sollte. Nach alledem wird kein Vernünftiger annehmen können, daß ich jetzt, wo die inneren Widerstände gegen diese Außenpolitik so sehr zusammengeschrumpft sind, mich von dem klar vorgezeichneten Wege abdrängen lasse.

Herr Stresemann tut so, als ob er jetzt von den Deutschnationalen eine lokale Unterstützung seiner bisherigen Außenpolitik zu erwarten hätte. Wenige werden bereit sein, diesen unangebrachten Optimismus zu teilen.

Nach einigen Artigkeiten für Herrn Marx sagt Stresemann weiter:

Von gewissen Seiten ist nun gesagt worden: Man zweifelt ja nicht an den außenpolitischen Intentionen der Herren Marx und Stresemann, aber es sei zu berücksichtigen, daß bestimmte Formen der Krisenlösung den Gegnern der Locarnopolitik außerhalb Deutschlands einen erwünschten Vorwand für die Verstärkung ihrer Agitation liefern würden. Ich will nicht bestreiten, daß sich unter denjenigen, die so sprechen, auch aufrichtige Freunde der von den Locarnomächten verfolgten Friedensbestrebungen befinden. Aber gerade diesen gebe ich eindringlich zu bedenken, daß ihre Argumentation sich zu dem innersten Wesen der Locarnopolitik in Widerspruch setzt. Denn der Wert der von Deutschland in Locarno und schon vorher in London eingegangenen Verpflichtungen beruht doch gerade auf der Freiwilligkeit, die ihrerseits wieder die gegenseitige Anerkennung gleichberechtigter Entscheidungsfreiheit jedes Vertragspartners zur Voraussetzung hat. Damit aber ist die These unvereinbar, daß die Fortführung der Locarnopolitik Deutschland hinsichtlich des Spielens seiner parlamentarischen Einrichtungen Bindungen irgendwelcher Art auferlegte, die jede andere Locarnomacht, wie überhaupt jeder souveräne Staat, weit von sich weisen würde.

Die These, daß die deutsche Regierung durch den Locarnopakt innerpolitisch an bestimmte Parteien gebunden sei, ist unseres Wissens nirgends aufgestellt worden. Niemand hat bestritten, daß die Regierungsbildung Deutschlands innere Angelegenheit sei, die es in voller Freiheit entscheiden kann. Herr Stresemann verschiebt also das Beweisthema. Nicht darum handelt es sich, was Deutschland darf, sondern darum, was es aus freiem eigenen Ermessen tun muß, wenn das Vertrauen in die Stetigkeit seines außenpolitischen Kurses nicht erschüttert werden soll. Und da ist eines vollkommen klar: So wie ganz Deutschland sich weigert, in Poincaré, Marin und Tardieu Garantien für den französischen Verständigungswillen zu erblicken, so weigert sich die ganze Welt, den Grafen Westarp und seine Trabanten als Leute anzusehen, von denen eine lokale Förderung der Politik von Locarno und Genf zu erwarten ist.

Mit der Verständigungspolitik steht es schlecht, wenn die Nationalisten regieren. Es steht gut mit ihr, wenn die Gegner der Nationalisten den entscheidenden Einfluß besitzen.

Reinigung Frankreichs.

Vom Faschistengefindel.

Paris, 26. Januar. (EP.) Der Innenminister hat verfügt, daß der Herausgeber der in Nizza erscheinenden faschistischen Zeitung „Pensiero Latino“, Torre, aus Frankreich auszuweisen sei. Außerdem ist der Verkauf der Zeitung in Frankreich verboten worden, was deren Aufhebung gleichkommt. Torre war in die Affäre des faschistischen Codspieles Canoni verwickelt, der bereits nach Italien abgehoben worden ist.

Ausschließung Garibaldi aus der Ehrenlegion.

Paris, 26. Januar. (EP.) Das Innenministerium hat an den Großen Rat des Ordens der Ehrenlegion einen Bericht gesandt, in dem es die Ausschließung Ricciotti Garibaldi aus der Ehrenlegion verlangt; die Erklärung Ricciotti Garibaldi, wonach er als Mitglied der Ehrenlegion demissioniere, sei gegenstandslos, da man nicht „demissionieren“ könne.

Belgisches Sanierungsprogramm.

Man will die Regierungskrise vermeiden.

Brüssel, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Jaspars gab am Dienstag in der Kammer wichtige Erklärungen ab, obwohl sich die Gerüchte über eine bevorstehende Regierungskrise immer mehr verdichten und insbesondere die Sozialisten die Mission des jetzigen Kabinetts als beendet erklären. Jaspars führte aus, daß die Regierung mit der Valutastabilisierung ihre eigentlichen Aufgaben noch keineswegs erfüllt habe, sondern nunmehr die Währung befestigen und ein großes Wirtschaftsprogramm durchführen müsse. Dazu gehörten Eisenbahn-, Straßen- und Kanalbauten sowie die Ausbeutung neuer Kohlenlager und die Entwicklung der Kongotolonie. Sozialpolitisch sei die Aufwertung der Alterspensionen und Beamtenehälter unter unbedingter Wahrung des Gleichgewichts und ohne Erhöhung der Steuerlasten notwendig. Andererseits müßten Steuererleichterungen herbeigeführt werden und schließlich sei ein Beamtenabbau sowie die Förderung von Produktion und Ausfuhr im Einvernehmen mit den Arbeitern und Unternehmern im Rahmen des Achtstundentagesgesetzes erforderlich.

Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde nur von den Konfessionen und einigen Liberalen beifällig aufgenommen, während die Sozialdemokraten und christlichen Demokraten sich in Schweigen hüllten. Es bleibt vorläufig abzuwarten, ob die Erklärung des Ministerpräsidenten ihren Zweck erreicht und eine Regierungskrise vermieden.

Polen und die Ostfestungen.

Sejmanfrage an Pilsudski.

Warschau, 26. Januar. (WTB.) Der Nationaldemokratische Verband hat beschloffen, im Landtag einen Antrag wegen der deutschen Ostfestungen einzubringen. Es heißt darin: Die Waffenplätze und Festungen des deutschen Ostens, wie Königsberg, Löben, Küstrin, Frankfurt a. d. Oder und Glogau dienen einem kombinierten Angriff auf Polen, dessen sofortige Wirkung eine

unmittelbare Bedrohung Warschaws und eine Beherrschung Polens wäre. Von Küstrin soll auf Posen vorgestoßen werden, von Glogau auf Kalisch und Lodz. Löben ist das Ausfalltor von Königsberg auf die Eisenbahnverbindung Warschau-Wilna. Die unterzeichneten Abgeordneten fragen deshalb den Ministerpräsidenten und Kriegsminister, was er getan habe, um die deutschen Angriffspläne auf Posen zu durchkreuzen. Weiter richteten sie an ihn die Aufforderung, vor dem Sejm oder zumindest vor dem Heeresauschuß zu erscheinen, um über diese Fragen Aufklärungen zu geben.

Mandatüberzicht Moraczewski.

Warschau, 26. Januar. (WTB.) Der Arbeitsminister und Sozialdemokratische Abgeordnete Georg Moraczewski hat sein Abgeordnetenmandat niedergelegt. Der Schritt Moraczewski ist auf die Unstimigkeit, die zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der Regierung Pilsudski bestehen, zurückzuführen.

Für ein Schiedsgericht mit Mexiko.

Der Senat fordert Schlichtung.

Washington, 26. Januar. (WTB.) Der Senat nahm die Resolution des Senators Robinson, die die Verweisung des Konfliktes mit Mexiko vor ein Schiedsgericht fordert, an. Bei der Eröffnung der Debatte im Senat über seine Resolution, in der er Schiedsverhandlungen mit Mexiko vorschlägt, erklärte Senator Robinson: Kürzlich gingen ausgezeichnete britische Oel-Holding-Gesellschaften in die Kontrolle der Mellon-Gruppe über. Ohne sich hierüber weiter auszulassen, sagte Robinson weiter, dieses Vorkommnis habe zu einer unangenehmen Lage geführt, und aus allen Teilen der Vereinigten Staaten erhielten die Kongreßmitglieder Bittschriften, die ein Schiedsgericht verlangten. Zweifellos dürfte eine Zurücknahme der Anerkennung der mexikanischen Regierung durch die Vereinigten Staaten und das Verbot der Munitionsausfuhr in Mexiko Anarchie zur Folge haben, schließlich zum Sturz der mexikanischen Regierung führen und dort einen Guerillakrieg herbeiführen.

Indiens Heeresfolge.

Das Parlament darf nicht darüber reden!

London, 26. Januar. (WTB.) „Times“ meldet aus Delhi: Die Extremisten in der gesetzgebenden Versammlung machten heute den Versuch, das Recht der indischen Regierung, ohne vorherige Befragung des Hauses Truppen nach China zu senden, in Zweifel zu ziehen. Die Regierung erhob Einspruch gegen eine derartige Erörterung und erklärte, der Antrag könne nicht zur Beratung kommen, ohne daß schwierige Fragen der Außenpolitik hineingezogen würden, was verhängnisvolle Folgen haben würde. Da der Antrag von der erforderlichen Zahl von Mitgliedern unterstützt wurde, erklärte der Präsident, die Geschäftsordnung zwingt ihn, den Antrag zuzulassen, wenn auch der Generalgouverneur das Recht habe, die Erörterung zu verbieten. Hierauf wurde eine Botschaft des Generalgouverneurs verlesen, in der das erwähnte Verbot tatsächlich ausgesprochen wurde mit der Begründung, daß die Erörterung dem öffentlichen Interesse zuwider wäre.

Herr Stresemann geht weiter auseinander, eine gewisse Beforgnis sei berechtigt gewesen, als im Oktober 1925 die Deutschnationalen wegen der Locarno-Politik aus der Regierung austraten. Aber, wie anders, fuhr er fort, lägen die Dinge heute:

Wenn jetzt die deutschnationale Partei die Opposition aufgibt und wieder in die Regierung eintritt, und wenn dies, wie unzweifelhaft feststeht, unter Festhaltung des bisherigen Kurses der Außenpolitik geschieht, so bedeutet dies doch in außenpolitischer Hinsicht nichts anderes, als daß sich seit dem Oktober 1925 in Deutschland ein bedeutender Wandel vollzogen hat. Es ist ein Beweis dafür, daß auch in weiten Kreisen, die hinter der deutschnationalen Partei stehen, inzwischen das Verständnis für die Locarnopolitik lebendig geworden ist, und daß sich diese Politik in Zukunft sowohl im Parlament als auch in der Öffentlichkeit auf eine ganz überwiegende Mehrheit stützen kann.

Wie ich persönlich oder in meiner Eigenschaft als Parteiführer über diese oder jene Regierungskombination denke, steht hier nicht zur Erörterung. Worauf es ankommt, ist, daß das in Locarno verheißungsvoll begonnene Werk der europäischen Befriedung nur gelingen kann, wenn es unabhängig bleibt vom Wechsel der Parteikonstellationen, immer vorausgesetzt natürlich, daß sich in jedem Vertragsstaat die an der Regierung befindliche Gruppierung unzweifelhaft zum Locarnowerk und seiner Fortführung bekennet. Die Schwierigkeiten, die sich dieser Fortführung natürlicher- und erwarteterweise entgegenstellen, sind, meine ich, groß und zahlreich genug; man sollte sie nicht noch künstlich vermehren.

Wir erfahren damit eine große Neuigkeit: Die Deutschnationalen bekennen sich unzweifelhaft zum Locarnowerk und seiner Fortführung! Die Deutschnationalen verzichten unzweifelhaft und für alle Zeit auf Elsaß-Lothringen! Sie bekennen sich unzweifelhaft und für alle Zeit zu einer Politik des Friedens und der internationalen Verständigung! Welche Wendung durch Stresemanns Fügung!

Schade, daß diese Erklärung von Herrn Stresemann abgegeben wird und nicht von der Deutschnationalen Partei. Leider haben sie bisher weder aus dem Munde eines deutschnationalen Führers noch aus den Spalten einer deutschnationalen Zeitung auch nur ein Wort vernommen, das uns diese plötzliche Botschaft wahrscheinlich machen könnte. Aber wer kann zweifeln, wenn Herr Stresemann es verkündet? Hier ist ein Wunder, glaubt es nur!

Wird das Ausland glauben? Wir fürchten nein! Zunächst wird es warten, ob die Deutschnationalen die Erklärung Stresemanns bestätigen werden. Und da wird es vergeblich warten! Das einzig Wahre an der ganzen Wundergeschichte ist, daß die Deutschnationalen aus innerpolitisch-taktischen Gründen von ihrer unzweifelhaften Gegnerschaft gegen die Locarnopolitik zu einer gewissen zweideutigen Haltung übergegangen sind. Darum werden sie auch über die Erklärung Stresemanns ebenso hinwegsehen, wie sie über das Zentrumsmanifest hinweggesehen haben. „Kein Hindernis für praktische Zusammenarbeiten“, lautet die höchst zweideutige Formel. Kein Hindernis für die Deutschnationalen, in die Regierung einzutreten. Alles andere findet sich später.

Darum ist der Versuch Stresemanns, sich selber und insoweit auch andere über die Bedeutung des Kurswechsels in Deutschland zu täuschen, ganz aussichtslos. Richtig ist nur soviel, daß die Motive dieses Kurswechsels (nennen politische, nicht außenpolitische sind. Es ist ein Stück Klassenkampf, das sich da abspielt. Aber es ist nicht zu vermeiden, daß der innere Wechsel seine Wirkungen auch auf die Außenpolitik haben wird. Beruhigend kann dabei nur eines wirken: daß die Außenpolitik des Herrn Stresemann unter der Kontrolle der sozialdemokratischen Opposition stehen wird. Sie wird die Augen offen halten und es wird keinem etwas geschenkt werden!

Was man im Lande denkt. . .

Hoffnungen, Versprechungen und Wirklichkeit.

Die Verteidigung der Haltung des Zentrums vor seinen Wählern ist gewiß keine leichte Aufgabe. Es wird dabei im Geiste des Zentrumsmanifestes viel geredet werden — obgleich dies Manifest durch den Gang der Ereignisse schon überholt ist. In Gleichmütigkeit sprach der Parteivorstand des Zentrums für Oberschlesien, Prälat Ullrich, über die Bedingungen des Regierungseintritts der Deutschnationalen:

„Können wir es verantworten, auch unter einem Zentrumskanzler mit den Deutschnationalen zusammen zu regieren? Wenn wir die Frage bejahen sollen, dann muß eine vollständige grundlegende Änderung der politischen Gesinnung und politischen Einstellung der Deutschnationalen Partei erfolgen. Es handelt sich nicht darum, daß eine Änderung in der Formulierung ihrer politischen Einstellung eintritt, sondern daß sie ihre politische Einstellung selbst ändert.“

Zwischen dieser Bedingung, daß die Deutschnationalen ihr innerstes Wesen preisgeben sollten, und der Tatsache, daß das Zentrum in den Bürgerblock auf Grund von Änderungen von Formulierungen eintritt, klafft ein gewaltiger Unterschied — derselbe Unterschied, wie zwischen den Hoffnungen der Zentrumswähler im Lande und dem Handeln der Zentrumsführung in Berlin.

Die „Germania“ überschreibt die Rede Ullrichs: Was man im Lande denkt. Es wird mancher unwillkürlich hinzufügen: und was in Berlin gespielt wird.

Der Maulkorb gegen die Opposition.

Geisteszensur in der SPD.

„Aus der Partei“ bringt die „Rote Fahne“ die folgende Notiz:

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Lausitz beschloß in ihrer Sitzung vom 20. Januar, daß den Genossen, denen wegen parteischädigenden Verhaltens oder aus anderen Gründen für eine bestimmte Frist die Fähigkeit zur Bekleidung von Parteifunktionen aberkannt wurde, für diese Frist auch nicht das Recht zusteht, an Funktionärskonferenzen teilzunehmen, Referate oder Korreferate zu halten und als Delegierte gewählt zu werden.

Diese Aberkennung aller Rechte der Opposition in der Kommunistischen Partei geht noch über das Maß an geistiger Bevormundung hinaus, was in der SPD. noch üblich ist. Wie weit muß die Zerlegung bei den Kommunisten schon fortgeschritten sein, daß das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der eigenen Organisation einem Teil der Parteigehörigen entzogen wird!

Adelige Bezirksregierung.

Unter 10 Regierungsreferendaren 9 Adlige.

Die Regierung in Potsdam hat schon in der wilhelminischen Zeit großen Wert auf Exklusivität gelegt, denn nur Angehörige alter Adelsgeschlechter hatten Aussicht, als Regierungsreferendare in Potsdam angenommen zu werden. Leider hat sich dies im neunten Jahre der Republik noch nicht geändert, denn wie der neueste Verwaltungskalender ausweist, befinden sich unter den 10 gegenwärtig bei der Potsdamer Regierung beschäftigten Regierungsreferendaren 9 (!) Adlige, obgleich der Regierungspräsident unseres Wissens ein Bürgerlicher ist. Nur naive Gemüter können der Meinung sein, daß diese Adelsföhne später, wenn sie Landräte, Regierungspräsidenten oder sonstiges sind, der Republik besonders wertvolle Dienste leisten würden.

Glaube der preussische Innenminister der demokratischen Gedankenrichtung ein Zugeständnis machen zu müssen, als er die Annahme der Regierungsreferendare über der Hand gab und sie den Regierungspräsidenten übertrug? Man wird aus dem Potsdamer Beispiel — in Hannover herrscht ein ähnlicher Zustand — erkennen, wohin das führt und wie notwendig es ist, für eine radikale Änderung zu sorgen.

„Wegweiser durch die Polizei.“

Eine Denkschrift des preussischen Innenministeriums.

Das preussische Ministerium des Innern hat dem Landtag eine Denkschrift über den Aufbau und die Verwaltung, teilweise auch über die Tätigkeit der Polizei zugehen lassen. Die Denkschrift enthält nähere Angaben über die Organisation, die Verteilung und die Stärke der einzelnen Polizeigebiete sowie über die dienstlichen und persönlichen Verhältnisse der Beamten und der für sie geschaffenen Einrichtungen. Obwohl das Innenministerium selbst betont, daß das dabei verwertete statistische Material nicht vollständig ist, gibt die Denkschrift dennoch ein anschauliches Bild vom Aufbau und den Funktionen der staatlichen und kommunalen Polizei sowie der Landjäger. Das Innenministerium kündigt an, daß die Polizeistatistik ausgebaut werden soll und erbittet dazu Anregungen aus dem Landtag.

Neuer Geist im Strafprozeß.

Die Ausführungsbestimmungen für Preußen.

Der Preussische Justizminister hat auf Grund des Befehles zur Änderung der Strafprozeßordnung, das mit dem 13. Januar in Kraft getreten ist, Ausführungsbestimmungen für die Handhabung der neuen Vorschriften über die Untersuchungshaft herausgegeben. Danach trägt die Verantwortung dafür, daß die Fristen für die Nachprüfung der Haftvoraussetzungen gewahrt werden, neben dem Gericht die Staatsanwaltschaft. Der Justizminister betont, daß die neuen, zum Schutze der Verhafteten geschaffenen Bestimmungen in jedem einzelnen Falle genau befolgt werden müssen. Anregungen auf Durchführung des Entlastungsbeweises soll weitherzig und so schnell als möglich entsprechen werden. Dauernd habe die Staatsanwaltschaft ihr Augenmerk darauf zu richten, ob die Voraussetzungen der Untersuchungshaft fortbestehen und Anträge des Verhafteten auf Beweiserhebung, die seine Freilassung begründen sollen, möglichst weitgehend und beschleunigt zu berücksichtigen. In jedem Falle hat die Staatsanwaltschaft darauf zu achten, daß die Dauer der Untersuchungshaft in einem angemessenen Verhältnis zu der Bedeutung des Straffalles, insbesondere auch zur Höhe der zu erwartenden Strafe, bleibt.

Nordamerika und China.

Vertragverhandlung — nicht Krieg.

Washington, 25. Januar. (W.Z.) Nach Ansicht des Präsidenten Coolidge bestehen wesentliche Unterschiede zwischen den britischen und den amerikanischen Interessen in China, da Amerika in China keine Konzessionen habe. Aus diesem Grunde könnten Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen über die Frage der allgemeinen Politik mit Bezug auf China entstehen. Alles dieses wird eingehend in der von Kellogg vorbereiteten Erklärung dargelegt werden, die in der Art einer Antwort auf das britische Memorandum gehalten sein wird. In der Zwischenzeit wird die Washingtoner Regierung die Streitkräfte, welche sie in den chinesischen Gewässern zur Verfügung hat, benutzen, um ihren Untertanen nach besten Kräften Schutz zu gewähren.

In der vom Auswärtigen Ausschusse des Repräsentantenhauses angenommenen Resolution wird die amerikanische Regierung ersucht, mit China über einen Vertrag zu verhandeln, der die jetzt hinsichtlich der Extraterritorialität und der Jurisdiktion in Kraft befindlichen Abkommen ersetzen soll. Der Entschluß geht die Erklärung voraus, daß die Vereinigten Staaten in ihren Beziehungen mit China stets versucht haben, im Geiste gegenseitiger Billigkeit zu handeln, und daß die Entwicklung in China es wünschenswert gemacht hat, daß die amerikanische Regierung die Initiative ergreift.

Die Hängefalle von Angora hat wieder acht Personen wegen Beteiligung an der Ermordung eines Deputierten in Anatolien zum Tode verurteilt. Fünf der Verurteilten wurden bereits um Mitternacht gehängt, die übrigen waren in contumaciam verurteilt worden.

Erste Begegnung mit dem Tode.

Von Victor Schiff.

Noch vor zwei Tagen hatte unser Wellensittich, dem eine halbjährige Witwenhaft auffallend gut zu bekommen schien, die unerwarteten winterlichen Sonnenstrahlen mit ohrenzerreißendem Gepiepfe begrüßt. Heute morgen aber sah er zusammengekauert in einer Ecke des Käfigs, mit schwerem, häßlichem Atem und verhassten Augen, hilf- und kraftlos. Auch der tierärztliche Besuche mußte auf den ersten Blick erkennen, daß das Tier nahe am Verenden war.

Als ich nach einer halben Stunde wieder nach ihm sah, war es schon so weit. Trostlos teilte ich den Zeitbestand mit. Unsere Kleine hat das Wort „tot“ aufgeschonappt. Es ist zwar nicht das erste Mal, daß sie es hört. Aber was mag man mit 3 1/2 Jahren für Begriffe mit einem Laut verbinden, den man bisher nur in Verbindung mit der Wohnung gehört hat, immer schon das Händchen zu geben, wenn man über den Damm geht und die Elektrizität naht; oder im Zusammenhang mit den Bildern von Menschen, die man nicht kennt? Seht aber galt das Wort dem Vogel, dessen seltsames Gebaren die Kleine mit ahnungslos-ängstlichen Blicken vorhin betrachtet hatte.

Die Feugier treibt das Kind in das Nebenzimmer. Vor dem Käfig bleibt es stehen. Es sieht das leblose Tier auf dem Boden liegen, die schönen grüngelben Flügel weit ausgebreitet wie noch nie, den Kopf halb in den Leib eingezogen. Die Augen des Kindes weiten sich. Die Wangen erröten — der Mund öffnet sich mit dem Ausdruck maßlosen Staunens.

Erste Begegnung mit dem Tode!

Und plötzlich ein Aufschrei: „Mutter, der Piepa ist tot!“ Die Kleine läuft zu ihrer Mutter. Sie zittert und schluchzt und weint. Die Tränen gleiten an den roten Wangen herunter und fallen in den Schoß der Mutter, die sie zu trösten versucht: „Brauchst nicht zu weinen, mein Kind, es ist ja nur ein Vogel.“

Doch, weine, mein Kind, weine nur! Denn dieser Augenblick zählt in deinem Leben. Es war zwar nur ein Vogel — aber er hat dir einen Begriff vermittelt, um den du manchmal noch wirft weinen müßtest: Bestehen noch lustig piepand, vorhin noch bei aller Schwerfälligkeit sich bewegend und jetzt still, ganz still, unendlich still. Das ist der Tod. Jetzt weißt du darüber, im Grunde genommen, genau so viel wie wir, die Erwachsenen. Drei Rätsel gibt es auf dieser Welt, die wir nie gründlich werden: Das Mysterium des Werdens, der Liebe und des Todes. Alle Wissenschaft, durch die wir wohnen, diesen Rätseln immer näher zu kommen, vermag uns doch nicht ihr Geheimnis zu vermitteln. Weine, mein Kind, über die Mangelhaftigkeit der Welt, die es so fagt, daß alles vergeht und daß man schon mit dreieinhalb Jahren den greifbarsten Beweis dafür erhält! Weine, mein Kind, weine dich aus, denn es sind die heiligsten Tränen, die das Mysterium des Todes zum ersten Male dem Kleinen entlockt. . .

Aber du weinst ja gar nicht mehr? So schnell hast du dich getrübt? Woher kommt es, daß deine Lippen, die soeben noch zuckten, sich zu einem Lächeln formen, zu jenem Lächeln, das jeden Kummer verschleudert und jeden Zorn entwohlfen?

Schon hat sich die Kleine den Armen der Mutter entwunden und wendet sich an mich mit der Frage, die fast Befehl ist: „Neuen kaufen?“

Zum Schmutz- und Schundgesetz.

Die Besetzung der Präfamern.

Uns liegt eine Liste der Organisationen vor, die bei Besetzung der Präfamern berücksichtigt werden. Bezeichnend ist, welchen Kreisen die „Sachverständigen“ der Jugendwohlfahrt und Volksbildung in ihrer überwiegenden Mehrzahl entnommen werden sollen. Da sind sie alle vertreten, die sich in mörderischer Gesinnung nicht genug tun können, die sogenannten christlichen Wohlfahrtsvereine und dann, was noch mehr Verwunderung erregen muß, nicht weniger als sechs Frauenvereine, darunter selbstverständlich alle konfessionellen Spielarten. Nur die sozialistische Frauenbewegung fehlt. Unter den nicht weniger als 14 dieser Wohlfahrts- und Frauenorganisationen ist die sozialistische Arbeiterschaft einzig durch den Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt vertreten. Unter den Volksbildungs- und sonstigen Verbänden befinden sich noch der Reichsausschuss für Sozialistische Bildungsarbeit, die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde sowie der Verband der Deutschen Volksbildungsvereine. So daß 3 sozialistische 26 anders gerichteten Verbänden gegenüberstehen.

Skandalös ist auch, daß die Lehrerverbände der verschiedenen Richtungen und Konfessionen berücksichtigt sind, daß man aber die Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer ebenso wie die Freie Lehrerschaft ausgelassen hat. Als vor einigen Wochen im Reichsministerium des Innern angefragt wurde, wie es mit der Vertretung der sozialistischen Lehrer stünde, wurde mitgeteilt, daß nicht beabsichtigt sei, die einzelnen Lehrerverbände heranzuziehen, daß vielmehr der Allgemeine Deutsche Lehrerverein, in dem alle Richtungen vereinigt seien, die einzige Lehrerverbände sei, die in Betracht komme.

Bei einer solchen Besetzung der Präfamern kann man sich vorstellen, in welchem „Geiste“ diese ihre Aufgaben erfüllen wird. Auf das dringendste ist zu verlangen, daß nicht nur die sozialistischen Lehrer mit herangezogen werden, sondern daß auch angesichts der großen Zahl andersgerichteter Verbände den sozialistischen Organisationen wenigstens eine entsprechende Zahl von Sachverständigen eingeräumt wird, damit auf diese Weise das skandalöse Unrecht, das durch die vom Ministerium beliebige Art der Besetzung geschaffen wird, ausgeglichen wird.

Museumsführungen. Am 30. 10 bis 11. Uhr vorm., finden sämtliche Führungen im Allen Museum (Giechische Platz des A. Bahnd. v. Cor.) — Dr. v. Waffow — und im Kaiser-Friedrich-Museum (Quag. v. d. Goeck und Rogier v. d. Weiden) — Dr. Corn. Müller, Natl. Zoologischen zu 30 Pf. sind vor Beginn am Eingang der genannten Museen erhältlich.

Ein Kaiser.

Das Trianon-Theater hat nunmehr seinen Kassenerfolg. „Cocottes, Der Mann der Aline Béger“ ist eine mit sabelhafter Bühnenroutine verfertigte Komödie, ein Kaiser, spannend vom ersten bis zum letzten Akt, in seiner geschickten Bühnentechnik an Dumas „Kameliendame“ erinnernd, vom literarischen Wert eines aufregenden Kriminalromans.

Fernal, ein unscheinbarer Rusker, hat seiner Freundin Aline das Theater und damit die Tore zur großen Welt erschlossen. Sie feiert Bühnentriumphe und er fürchtet sie zu verlieren. Sie wird ihm, dem kleinen Komponisten, gerade wegen ihrer Erfolge entgelten. Aber sie wird ihm für ihre Karriere dankbar, auf ihr Art sogar zu dankbar. Einmal an Paris gewöhnt, nimmt sie Freundschaft und Geschenke noch mehr von einem jungen Industriekapitän gern an und läßt ihren Fernal am Wohlleben teil haben. Aus dem Arbeiter Fernal wird der im Ueberfluß schwimmende Mann der Aline Béger, formell rechtmäßig angeheiratet, in Wahrheit ausgeheirateter Zuhälter. Alle merken es, bloß er nicht. Auch er macht Karriere, wird Direktor eines Musikverlages, Kritiker, ist gesuchter Komponist und glaubt seine Erfolge auf das Konto eigener Tüchtigkeit setzen zu dürfen. Bis ihm eines Tages das Mißtrauen die Augen öffnet. Hier ist dem französischen Autor eine höchst wirksame Wendung gelungen. Aline selbst zweifelt plötzlich daran, ob ihr Mann wirklich nicht merkt, aus was für einer trüben Quelle all der Luxus kommt. Um Frau und Liebhaber aufs Glatteis zu führen, spielt dann Fernal die Rolle des pflichtverehenden Zuhälters. Die spannende Komödie endet mit einer Bombenszene: die beiden Ehegatten werfen sich gegenseitig den Ekel voreinander vor, der Mann flieht und verläßt die trauernde Aline, die aber trotz ihres Schmerzes um den verlorenen Gatten auf dem einmal begonnenen Pfad weiter geht.

Das Schauspiel, das weder auf Literatur noch auf Originalität im dramatischen Aufbau oder im Spiel Anspruch macht, ist außerordentlich, aber technisch gekonntes Theater und läßt an einigen Stellen aufhorchen. Es gelingt da dem Autor eine außerordentliche Bildhaftigkeit des Ausdrucks. Wenn etwa Fernal seiner Schwiegermutter von Alines Bühnenerfolg berichtet, sehen wir die geschilderten Vorgänge vor unseren Augen erstehen.

Dieser Auftritt hat allerdings einen ausgezeichneten Interpreten gefunden. Erwin Kaiser erfüllt die papierne Rolle mit echtem Leben. Er ist vornehm zurückhaltend im Blick und im verhaltenen Schmerz. Selten haben wir ihn so gelöst, so selbstverständlich, so menschlich und innerlich gesehen. Unter der furchigen Regie des Friedrich Böhme wurde auch sonst mit erstaunlicher Sicherheit in einem durchaus angemessenen Tempo gespielt. Blanche Dergan gibt eine vollendete Kokotte, Max Grünberg einen glaubhaften, moralisch angefaulten Lebenskünstler, Richard Dufschinsky einen äußerlich zwar etwas unwahrscheinlichen, aber sonst echt emuldenen Industriekapitän. Das Publikum sparte nicht mit seinem Beifall für den spannenden Abend.

Ernst Degner.

Eine Hans-Thoma-Ausstellung wird am Sonnabend in der Stadtmuseum der Rüste eröffnet. Sie zeigt Radierungen und Steinbrüche.

Die Unterstützung der Arbeitslosen.

Vorschriften für die Prüfung der Bedürftigkeit.

In dem Gesetz über Arbeitslosenunterstützung vom Dezember vorigen Jahres ist eine Bestimmung enthalten, wonach der Reichsarbeitsminister ermächtigt ist, mit Zustimmung des Reichsrats Vorschriften zu erlassen, wodurch eine gleichmäßige Prüfung der Bedürftigkeit sichergestellt und Härten ausgeschlossen werden; der Minister kann insbesondere den Kreis der Familienangehörigen einschränken, deren Einkommen bei Gewährung der Unterstützung zu berücksichtigen ist.

Der Arbeitsminister hat dem Reichsrat nunmehr eine Verordnung vorgelegt, wonach der Kreis der Familienangehörigen, deren Einnahmen bei der Prüfung der Bedürftigkeit zu berücksichtigen sind, auf diejenigen beschränkt wird, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch unterhaltspflichtig sind. Ferner mildert die Verordnung die Bedürftigkeitsprüfung in manchen Beziehungen.

Die Reichsratsausschüsse, die die Verordnung geprüft haben, waren nicht ganz frei von Bedenken, es war ihnen klar, daß vornehmlich durch die Bestimmungen sehr erhebliche Mehrausgaben für Reich und Länder entstehen würden. Die Reichsregierung gab aber die Erklärung ab:

„Sofort ein Land nachweist, daß ihm durch die Abänderung der Ausführungsvorschriften erhebliche Mehrkosten entstehen, ist das Reich bereit, diese zu ersetzen. Dabei wird das Reich die Schwierigkeiten einen solchen Nachweises in billiger Weise berücksichtigen.“

Mit Rücksicht auf diese Erklärung beschloß die Ausschüsse der Volksversammlung die Annahme der Verordnung zu empfehlen und die Volksversammlung beschloß demgemäß.

Überlastung der Finanzämter.

Industriebetriebe können nicht nachgeprüft werden.

Der Protest der Reichssteuerbeamten gegen die Überlastung der Finanzämter hat interessante Tatsachen aufgedeckt, die es erklärlich machen, weshalb das Großkapital heute so wenig Steuern zahlt. Der Bund der Reichssteuerbeamten hat dem Staatssekretär Popph im Reichsfinanzministerium seine Wünsche auch mündlich vortragen lassen und dabei betont, daß etwa 3000 Beamte notwendig seien, um einen geregelten Betrieb in den Ämtern zu sichern, und zwar sei insbesondere die Heranziehung geeigneten Nachwuchses junger Anwärter notwendig.

Wie sehr die Finanzämter heute überlastet sind und wie sehr diese Überlastung gerade dem Großbetrieb zugute kommt, dafür werden in einer Eingabe an den Reichsfinanzminister nähere Mitteilungen gemacht. Von den rund 1000 Finanzämtern entfallen rund 200 auf Bayern, wo jeweils Finanzämter bestehen. In den übrigen Bezirken kommen heute auf den einzelnen, mittleren und oberen Beamten 1800 bis 2000 Steuerpflichtige, wo früher ein Beamter nur 600 bis 800 Zensiten zu bearbeiten hatte! In einem Berliner Finanzamt hat ein Beamter nicht weniger als 2400 Aktiengesellschaften zu kontrollieren, deren Bilanzen er sogar prüfen soll. Den Beamten ist es jedoch kaum möglich, auch nur Stichproben in den Betrieben vorzunehmen. Mit Recht schließt man daraus, daß diese Zustände der Steuermoral keineswegs zuträglich seien. Denn wo die Bilanzen nicht nachgeprüft werden können, muß natürlich die Veranlagung eine willkürliche sein, und wenn die Aussicht auf eine Bestrafung zu gering ist, so wird sich die systematische Steuerhinterziehung breitmachen. Den Vorteil daraus werden immer die veranlagungspflichtigen Steuerzahler, also die Besitzenden, ziehen, da ja die Verbrauchssteuern und die Lohnsteuer nach einheitlichem Schema und ohne Mitwirkung des Steuerpflichtigen erhoben werden.

Poincaré über die Finanzlage.

Kein Wort über die Zukunft. — Unruhe in Wirtschaftskreisen.

Paris, 28. Januar. (Eig. Drahtber.) Poincaré hat am Dienstag vor der Finanzkommission der Kammer seine Erklärungen über die Finanzlage und die Lage des Schatzamtes abgegeben, die so ausgefallen sind, wie man befürchten konnte. Er hat sich mit keinem Wort darüber geäußert, ob er eine Stabilisierung in absehbarer Zeit ins Auge fasse und was er überhaupt in bezug auf die weitere Entwicklung seiner Sanierungsaktion beabsichtigt. Seine Erklärungen hatten im Gegenteil rein rückwärtigen Charakter und erschöpften sich in einem langatmigen Exposé über das, was man in seinem Ministerium der „nationalen Einheit“ seit seinem Regierungsantritt in finanzieller Beziehung geleistet habe. Er betonte mit Genugtuung, daß heute im Gegensatz zum Vorjahre das französische Schatzamt über Elbogenfreiheit verfüge, die sich darin äußere, daß am 31. Dezember der Kredit des Schatzamtes bei der Bank von Frankreich kaum eine Milliarde, heute aber über 3½ Milliarden betrage. Außerdem sei eine Devisenreserve, die höher sei als der Morganfonds, geschaffen worden, mit dem die Bank von Frankreich den Devisenmarkt beherrsche und seit längerer Zeit erfolgreich dem englischen Pfund eine gewisse Stabilität um 122 Franken herum sichere. Zum erstenmal habe auch der Staat am 1. Januar der Bank von Frankreich einen Vorstoß in Höhe von 2 Milliarden zurückzahlen können.

Poincaré verhehlte nicht, daß diese Erfolge zum Teil nur dank mehreren kleinen inneren und äußeren Anleihen, so in Holland und der Schweiz, erzielt worden seien, hat aber darin keinen Grund gesehen, seinen Bericht in weniger optimistischer Weise als bisher abzuschließen, obwohl er damit zugab, daß im Grunde genommen keine Verminderung der französischen Staatsschuld stattgefunden hat.

Es ist kaum nötig, zu betonen, daß das Exposé Poincarés die Finanzkommission stark enttäuscht hat, da man dort in Anbetracht der Wirtschaftskrise vor allen Dingen wissen wollte, wie Poincaré sich die weitere Entwicklung denkt, und wie er der Unsicherheit in Handel und Industrie ein Ende zu machen gedenke. Diese Disposition Poincarés beginnt selbst reaktionäre Blätter zu beunruhigen und die „Liberté“ gibt am Dienstagabend in einem scharfen Artikel der Befürchtung Ausdruck, daß Poincaré den gegenwärtigen Stand zur Stabilisierung des Franken verstreichen lasse. Frankreich hätte dann, dem Blatt zufolge, umsonst eine schwere Wirtschaftskrise durchgemacht. Denselben Vorwurf findet man in dem „Schweizerischen Anwalt“, das ebenfalls verlangt, Poincaré möge möglichst schnell die Vorteile der gegenwärtigen Finanzlage konsolidieren, um so mehr, als das Parlament ihn heute oder morgen ins Exil zu schicken und seine ganze Sanierungsaktion wieder in Frage stellen könne.

Das Genfer Urteil gegen Juch zur Sühne seiner Ohrfeigengabe an Bethan, ist genau so ausgefallen, wie die Vormeldung unseres Dienstag-Abendblattes angekündigt hat.

„Die Seele in der Garderobe abzugeben.“

Ein Vortrag Werner Sombarts.

Ueber „Wirtschaft und Mensch“ sprach Professor Werner Sombart im Großen Saal der Berliner Universität im Rahmen eines Kurses, der von der „Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin“ veranstaltet wurde.

Er behandelte in seinem Vortrag die Rationalisierung, die Vergeltung, und die dadurch bedingte Entseelung der modernen Betriebe und stellte sie als eine schicksalsgebundene Erscheinungsform der Rationalisierung heiße nichts anderes als Anpassung an die Bedürfnisse des Kapitalismus. Sie entspreche durchaus seinen Interessen. Unsere Zeit sei auf allen Gebieten geradezu zu einem Primat des Geistes gelangt. Professor Sombart zeigte, wie durch diese Rationalisierungs- und Normungsbestrebungen zwangsläufige Abhängigkeiten für Hersteller und Verbraucher geschaffen werden. Während der Bauernhof ein durchaus „seelischer“ Betrieb sei, bei dem die Einzelpersonlichkeit in jedem Augenblick anders geartet und durchaus individuelle Entschlüsse fassen müsse, sind die modernen Großbetriebe das Ergebnis ungeheurer Seelenarbeit, deren Wesen es ist, die Seele d. h. die Persönlichkeit, soweit es nur irgend möglich ist, aus dem Produktionsablauf zu verbannen. Ueber den modernen Betrieben prange ein großes Schild, auf dem geschrieben stehe: „Die Seele ist in der Garderobe abzugeben.“ Der Arbeiter empfängt seine Nummer, durch die er kontrolliert wird, und nur als Nummer vermag er im Betriebe zu existieren. Er wird an irgendeinem Platz gestellt, um hier als seelenloses Ding zu funktionieren, als Teil einer ungeheuren Maschine.

Der Vortragende unterschied drei Systeme solcher vergessenen Betriebe: zunächst das Verwaltungs- oder Normungssystem, bei dem jede Einzelheit durch „Vor-Schriften“ geregelt ist. In diesem System hat Taylor das letzte Wort gesprochen, hat keine letzten Möglichkeiten aufgezeigt. Dann das Rechnungssystem,

bei dem der Betrieb als ein System von Zahlen aufgefaßt ist. Jeder Mensch wird als Zahl eingeordnet. Buchhaltung und Statistik sind ihre Mittel. Die dritte Gruppe bezeichnete Sombart als Instrumentalisierung, bei dem durch Maschinen und Apparate ein zwangsläufiger Ablauf der Produktion bewirkt wird. Hier hat Ford die Entwicklung auf die Spitze getrieben. Ford braucht nicht die Vorschriften Taylors, sondern erzwingt das Tempo der Produktion durch die Geschwindigkeit des laufenden Bandes. Hier ist die Seelenlosigkeit und damit die Vergeltung auf die Spitze getrieben. Hier ist Taylor weit übertroffen. Bei Ford würde Taylor gar keinen Sinn haben. Sombart kennzeichnete die verheerenden Wirkungen dieser Vergeltung des modernen Großbetriebes. Er leitete auch ganz richtig das Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit aus dieser Seelenlosigkeit der Arbeit ab. Bei Ford braucht man für 43 Prozent der Produktion nur einen Tag Anlernzeit, für 36 Prozent acht Tage, d. h. 79 Prozent der Arbeit kann von völlig ungelernen Arbeitern ausgeführt werden. Der Redner nannte ähnliche Zahlen von dem deutschen Löwe-Konzern. Sombart kam zu der Schlussfolgerung, daß es gegen diese Vergeltungsbestrebungen kein Abwehrmittel gäbe. Er bezeichnete es u. a. als Utopie, daß die Vergeltung, die Sozialisierung der Betriebe ein Äquivalent gegen die Seelenlosigkeit der Arbeit sein könnte. Aber er vergißt, daß niemand, der die Sozialisierung der Betriebe fordert, daran denkt, moderne Arbeitsmethoden auszuwischen. Das Gefühl, nicht für einen Privatkapitalisten, sondern für die Allgemeinheit und damit für sich selbst zu arbeiten, vermag sehr wohl im Arbeiter andere seelische Kräfte auszulösen, als es die heutige kapitalistische Wirtschaftssysteme kann. Sombart glaubt, daß es möglich sei, die landwirtschaftlichen und handwerklichen Betriebe, also „seeliche“ Betriebe, zu vermehren, um dadurch einen gewissen Ausgleich gegen die Entseelung zu schaffen. Das allerdings scheint uns, soweit nicht die Seelung in Frage kommt, eine Utopie zu sein.

Eine originelle „Gefangenenbefreiung“.

Ein lustiger Nachmittag und seine Folgen.

Der Kaufmann D. hatte bereits drei Jahre von seiner Gefängnisstrafe in Legei verbüßt. Es blieb nur noch ein Rest von zehn Monaten. Da erhielt er eines Tages die Erlaubnis, in Begleitung eines Strafanstaltsbeamten außerhalb der Gefängnismauern mit seinem früheren Chef in irgendeiner geschäftlichen Angelegenheit Rücksprache zu nehmen.

Die Rücksprache war bald erledigt, der Rückkehr ins Gefängnis stellte sich jedoch unerwartete Hindernisse in den Weg: Erstens hatte sich zum Mittagessen die Frau des Kaufmanns eingefunden, dann ging man, wie es sich gehört, ins Café. Von dort begab man sich in eine Gastwirtschaft in Moabit. Der Chef des Kaufmanns hatte versprochen, sich noch einmal mit D. zu treffen. Er kam jedoch nicht. Das hinderte nicht die drei, den Strafanstaltsbeamten, den Kaufmann und dessen Ehefrau, lustig zu knipsen. Nach der Uhr zu sehen, vergah man. Im Gefängnis vermutete man schon Gefangenenbefreiung. Indes rückte der Zeiger immer weiter vor, die Stimmung wurde von Stunde zu Stunde eine gehobener. Der Strafanstaltsbeamte hatte sich auch eine „Dame“ an seinen Tisch genommen; er hatte tüchtig getrunken. Ins Gefängnis zurückzukehren, war zu spät. Da begann man sich den Kopf zu zerbrechen, was man anfangen sollte. Erst dachte man daran, den Kaufmann als „erkrankt“ in die Charité zu bringen, dann einigte man sich dahin, daß man am nächsten Morgen im Gefängnis sagen würde, der Kaufmann sei entwichen und erst am nächsten Tage wieder eingekerkert worden. Nachdem man diesen beruhigenden Beschluß gefaßt hatte, begab man sich in die Wohnung des Kaufmanns. Auf das eine Bett in dem Schlafzimmer des Ehepaares legte sich der Strafanstaltsbeamte, der Kaufmann und seine Ehefrau auf das andere. Der Beamte schlief sofort ein. Vor Gericht erklärte er, er habe sich „nur schnarchend gestellt“, in Wirklichkeit habe er kein Auge von dem Schlingel gelassen. Im Gefängnis identisch man jedoch dem Märchen von der Entweichung des Gefangenen keinen Glauben, der Beamte wurde von seiner Tätigkeit suspendiert und Strafantrag wegen Gefangenenbefreiung gegen ihn gestellt. Nun hatte er sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Das Gericht betrug lange, ob in diesem Falle eine Verurteilung des Gefangenen überhaupt stattgefunden hat. Schließlich verurteilte es den Angeklagten doch zu zwei Monaten Gefängnis: eine jede Lockerung der Gefangenschaft bedeute schon eine Gefangenenbefreiung. Der Kaufmann hätte ruhig entweichen können, als der Beamte sich auf der anderen Seite der Straße mit seiner „Dame“ unterhielt und als er auf dem Bette im Schlafgemach des Ehepaares schnarchte. Ob dem Verurteilten eine Bewährungsfrist zugebilligt werden sollte, wird das Gericht erst nach Ermittlung beim Strafvollzugsamt entscheiden. Daß der Beamte im höchsten Grade unzulässig gehandelt hat, unterliegt keinem Zweifel.

Der vorsichtige Hauswirt.

Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Durch die kürzlich erfolgte Freigabe der großen Wohnungen und gewerblichen Räume träumen bekanntlich manche Hauswirte bereits von der gleichen Lösung der Kleinwohnungsfrage, verbunden mit einer großzügigen Erhöhung der Miete. „Immer in Bereitschaft sein“, denkt auch Herr W., der Hauswirt des Hauses Friesenstr. 6 und übermittelte sämtlichen Parteien am 3. Weihnachtsfesttag — als besonders zarte Aufmerksamkeit — den ominösen „blauen Brief“ eingehend, einhaltend die Kündigung des Mietvertrags zum 1. April 1927. Koch kann er ja nicht zum Schloße ausholen, denn der bekannte status quo ante ist noch nicht eingetreten. Und so kann er all die ängstlichen, besorgten Fragen einzelner Briefempfänger mit ruhigem Gemüte dahin beantworten, daß das ganze eine „bloße Formalität“ sei und weiter nichts zu bedeuten habe. Natürlich ist kein Mensch so dumm, das Mandat nicht zu durchschauen und zu wissen, was damit besagt wird. Im Moment des gekündigten Mietvertrags wären die Parteien dem Hauswirt gegenüber freiwild, wenn nicht vorläufig noch die Wohnungszwangswirtschaft bestände, die jeden Kündigungsbrief wertlos macht. Das weiß natürlich der Hauswirt auch und seine Kündigungsbriefe dürften kaum mehr als den Zweck verfolgen, den Wohnungsinhabern Angst einzujagen. Solche Schreckschüsse snoras, noch dazu weit vor der Zeit irgendwelcher Berechtigung zur Mieterhöhung, lassen auf das Bestreben vieler Hauswirte schließen, sobald als möglich wieder den Hauspöbel hervorzuführen.

Todessturz eines Motorradfahrers.

Ein schwerer Unfall trug sich gestern nacht kurz vor 11 Uhr an der Ecke Grünauer und Rennstraße in Nieder-Schöneweide zu. Der 22jährige Kaufmann Karl Haase aus der Holzmarktstraße 5 befand sich mit seinem Motorrade auf dem Heimweg. An der genannten Straßenecke, die nicht sehr hell erleuchtet sein soll, werden gegenwärtig Schachtarbeiten vorgenommen. H., der in ziemlich schnellem Tempo dahertam, fuhr in eine etwa zwei Meter tiefe Baugrube hinein. Im Stürzen überschlug sich das Rad mehrmals, H. selbst wurde schwer verletzt. Die Feuerwehr sorgte für seine Überführung in das Elisabeth-Hospital, wo ein doppelter Schädelbruch und innere Verletzungen festgestellt wurden. Sein Zustand verschlechterte sich, und gegen 6 Uhr morgens starb Haase an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

Die Grippe in Potsdam.

Zwei Schulklassen geschlossen.

Nachdem die Grippeerkrankungen in Berlin nach den Mitteilungen des Stadtmedizinalrates und des Hauptgesundheitsamtes fast erloschen sind, macht sich in der Nachbarschaft Berlins, in Potsdam, seit einigen Tagen eine Zunahme der Grippe- und Erkältungskrankheiten bemerkbar. Genaue Zahlen über den Umfang der Krankheit lassen sich nach der Auskunft der Potsdamer Gesundheitsbehörde nicht machen, da diese Erkrankungen nicht meldepflichtig sind. In den beiden Potsdamer Krankenhäusern haben etwa 50 Grippekranken in den letzten Tagen Aufnahme gefunden, und aus den Krankheitsbüchern der Bureau und Betriebe sowie der Krankenkassen geht aber hervor, daß die Zahl der Kranken nicht unbedeutend ist. Der Potsdamer Magistrat hat bereits Vorsichtsmassregeln getroffen und zwei Baracken aufstellen lassen, um einem etwaigen Platzmangel in den Krankenhäusern vorzubeugen, die zurzeit recht stark belegt sind und auch noch etwa 10 Rekonvaleszenten der Typhuserkrankungen beherbergen. Neue Typhusfälle sind in den letzten Wochen jedoch glücklicherweise nicht aufgetreten. Da die Grippeerkrankungen besonders stark unter den Schulkindern grassieren, hat man sich dazu entschlossen, zwei Schulklassen, in denen von 40 Kindern 25 erkrankt waren, zum Teil auch an Wältern, vorläufig auf acht Tage zu schließen, da sich ein geregelter Unterricht bei der verminderten Schülerzahl nicht durchführen ließ. Während der Stilllegung werden die Schulräume auf das gründlichste gereinigt und desinfiziert werden. Sollte es sich als notwendig erweisen, daß noch weitere Schulen geschlossen werden müssen, so wird man auch zu dieser Maßnahme greifen, bisher sind aber keine Anzeichen dafür vorhanden, daß es sich um ein seuchenartiges Auftreten der Grippe handelt.

Eine gestern im Reichsgesundheitsamt stattgehabte Sachverständigenberatung befaßte sich mit den durch das Auftreten der Grippe gebotenen Maßnahmen. Nach den dem Reichsgesundheitsamt aus den einzelnen Ländern zugegangenen neuesten Mitteilungen hat die Grippe seit etwa Mitte Dezember 1926 sich im Reich bemerkbar gemacht. In Berlin ist sie seit Anfang Januar stärker hervorgetreten, doch scheint hier der Höhepunkt bereits überschritten zu sein. Der Verlauf der Erkrankung ist als gutartig zu bezeichnen. Der gleiche gutartige Verlauf der Grippeerkrankungen wird auch aus den übrigen Teilen des Reiches berichtet.

Ein Hauptwasserrohr geplatzt. Die Tempelhofer Feuerwehr wurde heute morgen nach der Verlängerten Mantelstraße gerufen, wo ein Hauptwasserrohr geplatzt war. Große Wassermengen ergossen sich auf die Straße und überfluteten einige Baugruben. Die Feuerwehr schloß die Sicherheitshebel, so daß ein weiteres Abfließen des Wassers verhindert werden konnte. Eine Arbeiterkolonne der Wasserwerke behob den Schaden nach mehrstündiger Arbeit. Der Rohrbruch ist vermutlich durch eine Erdstörung hervorgerufen worden.

Die Eröffnung der „Grünen Woche“, der großen landwirtschaftlichen Messe, der Jagd- und Tierausstellung und der zahlreichen Tierschauen in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm erfolgt am 29. Januar. Das Berliner Messeamt hat auch diesmal wieder mit den Verkehrsanstalten die Einrichtung getroffen, daß, falls die Eintrittskarten bei den Stationen der Hoch- und Untergrundbahn, bei den Stationen der Stadt- und Ringbahn sowie denen der ersten Zone der Vorortbahn und bei den Schaffnern der Straßenbahnlinien 53, 72, 75 und 93 zum Preise von 1,50 M. gekauft werden, freie Hin- und Rückfahrt gewährt wird. Die „Grüne Woche Berlin“ ist einschließlich ihrer zahlreichen Sonderausstellungen täglich von 9 bis 7 Uhr und Sonnabends und Sonntags von 9 bis 9 Uhr geöffnet.

Im nächsten Freibad Wannsee ist die Freibadbahn eröffnet. Der breite Strand ist eine 200 Meter lange und über 20 Meter breite Eislaufstraße. Zwei gut angelegte Rodelbahnen sind ebenfalls vorhanden. In der Garderobenhalle des Freibades kann der Sportler seine warme Überbekleidung ablegen. Schlitten und Schlittschuhe werden gegen mäßige Gebühr aufbewahrt, so daß sie nicht mit nach Hause mitgenommen zu werden brauchen. Die Eintrittspreise betragen für Erwachsene 30 Pf., und für Kinder 10 Pf.

Für unsere Frühjahrsjugendmesse in Dankow werden noch Anmeldungen, unter gleichzeitiger Zahlung von 50 Pf. Einschreibgebühr, an folgenden Stellen entgegengenommen: Konsumverkaufsstellen in Dankow, Wolantstraße 102, Berliner Str. 47, Rittgenstr. und bei Max Scharfstedt, Pankow-Süd, Spielermannstr. 30. Konsumverkaufsstellen in Nieder-Schönhausen Kaiser-Wilhelm-Str. 79 und Kaiserweg 60.

Erdbeben in Italien. Infolge der starken Regengüsse der letzten Woche hat sich bei Spezia ein Erdbeben ereignet, der eine Fläche von etwa 1 Quadratkilometer umfaßt. Eine große Reihe von Bauwerken wurde zerstört. Menschenleben sind nicht zu beklagen. In einem Dorfe in der Nähe von Cosenza wurden durch Ueberschwemmung eine große Anzahl von Häusern schwer beschädigt und daher auf Befehl des Präfecten geräumt werden mußte. In der Nähe dieses Dorfes sollen „Reisbaraden“ errichtet werden.

Wo bleibt das Notgesetz?

Bürgerblock und christliche Gewerkschaften.

Wie wir in unserer heutigen Morgenausgabe bereits auf Grund eines offiziellen Berichts mitteilen, hatte die deutschnationale Reichstagsfraktion eine besondere „Nachkommission“ eingesetzt, die aus den Abgeordneten Schiele, Behrens, Lambach, Leopold und v. Goldacker besteht und mit den Ministern Brauns und Dr. Curtius über das sozialpolitische Regierungsprogramm verhandelt hat und „eine volle Einigung über die Formulierung der sozialpolitischen Programmsätze erzielt“.

Es überrascht nicht, daß die sozialpolitische „Nachkommission“ der Deutschnationalen sich in der Mehrheit aus Unternehmern zusammensetzt. Das sind insbesondere der „Kamerad“ Leopold und die Herren Schiele und v. Goldacker. Daß diese sich mit dem Volksparteilicher Curtius über die Sozialpolitik der Rechtsregierung leicht einigen konnten, bedarf keiner besonderen Erklärung.

Andererseits liegt es mit den Herren Lambach, Behrens und Brauns. Diese drei Herren sind Repräsentanten der christlichen Gewerkschaften. Behrens ist der Vorsitzende des christlichen Zentralverbandes der Landarbeiter. Wenn man sich erinnert, daß zwischen diesem sonderbaren Landarbeiterverband und den agrarischen Unternehmerorganisationen ein Personalaustausch stattfindet, wenn man sich weiter erinnert an die finanziellen Zusammenhänge zwischen diesem Verbande und den landwirtschaftlichen Unternehmerorganisationen, dann wird man die Übereinstimmung, die ohne weitere Schwierigkeiten zwischen diesem sogenannten Arbeitervertreter der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem prominenten Unternehmervertreter Dr. Curtius in sozialpolitischen Fragen erzielt wurde, als durchaus gegeben betrachten.

Bei Herrn Lambach vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der kürzlich sich in Drohungen erging, weil die Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien an die Wand gedrückt werden, ist man zunächst geneigt, von der Übereinstimmung mit den Leopold, Curtius und Konsorten überrascht zu sein. Wenn man sich aber die Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes vor Augen hält, dann ist man schon weniger überrascht.

Daß der Reichsarbeitsminister, der für das sogenannte Arbeitschutzgesetz verantwortlich zeichnet, ein Gesetz, das praktisch den Achtstundentag in Deutschland beseitigen soll, mit den Schiele, Leopold und v. Goldacker sich verständigt hat, war zu erwarten. Herr Dr. Brauns hatte auch der ersten Rechtsregierung als Reichsminister angehört und zur vollsten Zufriedenheit der Unternehmer die Sozialpolitik in Deutschland abgebaut. Er brauchte also seinen Gefährten keinen Zwang anzutun, um auch im „Besitzbürgerblock“, wie sein Fraktionskollege Birth sagt, sogenannte Sozialpolitik zu machen.

Wir sind aber neugierig, was zu dieser sonderbaren Sozialpolitik die christlichen Gewerkschaften sagen werden. Die christlichen Gewerkschaften haben gemeinsam mit den freien Gewerkschaften und den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften die Forderung nach einem Notgesetz über den Achtstundentag erhoben, und zwar einem Achtstundentag, der nicht nur auf dem Papier steht,

sondern auch in der Praxis durchgeführt wird. Das Arbeitschutzgesetz des Dr. Brauns, über das mit den ultrareaktionären Unternehmervertretern Leopold, Schiele und v. Goldacker völlige Übereinstimmung erzielt wurde, ist aber alles andere als eine praktische Verwirklichung des Achtstundentages.

Wir haben vorläufig keine Veranlassung, zu unterstellen, daß die christlichen Gewerkschaften mit den Behrens, Lambach und Dr. Brauns in diesem Punkte zu identifizieren sind. Wir nehmen an, daß die christlichen Gewerkschaften auch heute noch zu ihrer Forderung stehen. Wir erwarten deshalb, daß sie jetzt, wo das sozialpolitische Programm des Besitzbürgerblocks scheinbar in Übereinstimmung mit den christlichen Gewerkschaften formuliert wird, in einer öffentlichen Erklärung sich dazu äußern.

Die Walzwerker für das Notgesetz. Bezirkskonferenz der Metallarbeiter.

In einer Bezirkskonferenz für Rheinland und Westfalen, die am Sonntag in Duisburg stattfand, wurde nach Referaten des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes Reichel und des Bezirksleiters Wolf folgende Entschlüsse angenommen:

„Die Konferenz der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Walzwerks- und Adjustearbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes am 23. Januar 1927 erwartet, daß das von den Gewerkschaften verlangte Notgesetz bezüglich der Vermeidung von Ueberarbeit baldigst durchgeführt wird und daß außerdem die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bzw. die Wiedereinführung der dreigeteilten achtstündigen Schicht in aller Kürze erfolgt.“

Bis zur endgültigen Durchführung dieser Maßnahmen fordert die Konferenz, daß alle Hütten- und Walzwerksarbeiter dem § 7 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 unterstellt werden.“

Entscheidung zur Ueberstunden- und Lohnfrage!

„Durch die in fast allen Betrieben des Industriegebietes durchgeführte Rationalisierung ist eine ganz erhebliche Steigerung der Arbeitsleistung erreicht worden. Jedoch ist mit dieser Leistung weder der gegenwärtige Verdienst noch die Arbeitszeit in Einklang gebracht worden. Daneben werden von den Arbeitgebern noch Ueberstunden und Sonntagsarbeit verlangt in einem Ausmaß, das bisher kaum übertroffen wurde. Unfall- und Krankenziffern steigen infolge der Ueberanstrengung. Zehntausende Hütten- und Walzwerksarbeiter bedauern die Strafen, die Familien sind in bitterster Not.“

Die Konferenzteilnehmer geloben, alles zu tun, um Ueberstunden, die nicht unbedingt zur Sicherung und Fortführung des Betriebes notwendig sind, zu vermeiden.“

Die Konferenz erwartet ferner, daß beim Ablauf des Lohnabkommens für die Arbeiter der nordwestlichen Gruppe eine den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung eintritt.

Die Stärkung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Sicherung dieser Forderungen ist Ehrensache eines jeden Kollegen.“

folch sind. Etwas stimmt jedenfalls nicht. Die Tatsache, daß ohne zwingenden Grund Mehrarbeit verlangt wurde und die Tatsache, daß die Unternehmer übereinstimmend sich auf eine Anordnung des Verbandes beriefen, läßt uns darauf schließen, daß die Berichtigung des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien es mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt.

Deutschnationale Arbeitsvermittlung. Täuschung und Tarifbruch.

Die Karoseriesabrik Kellner A. G. hatte in ihrer Sattlerwerkstatt einen „Boloniar“ eingestellt. Die Arbeiter sahen aber bald, daß dieser „Boloniar“ ein richtiger Sattler war, der auch die Arbeiten eines solchen ausführt, aber weniger als den Tariflohn erhielt. Die Firma hatte sich also eines doppelten Tarifbruchs schuldig gemacht, indem sie einen Sattler unter Umgehung des paritätischen Arbeitsnachweises einstellte und ihn unter dem Tarif entlohnte, womit der „Boloniar“ allerdings einverstanden war. Der Tarifkammerer ist nicht, denn er war ja durch Vermittlung irgendeiner deutschnationalen Stelle, die er selbst als „deutschnationalen Arbeitsnachweis“ bezeichnete, in seine Stellung bei der Firma Kellner gekommen und hatte einen Vertrag auf ein Jahr mit ihr abgeschlossen.

Der Betriebsrat verlangte die Entlassung des tarifwidrig eingestellten Sattlers. Die Firma wollte zunächst nichts davon wissen. Auf den Rat des Arbeitgeberverbandes, dem die Angelegenheit unterbreitet wurde, sprach die Firma die Entlassung aus.

Nun klagte der „Boloniar“ beim Gewerbegericht. Als Borkführer stand ihm ein „Befannter“ zur Seite, der anscheinend Vertreter irgendeiner deutschnationalen Organisation ist. Der Kläger forderte Erfüllung des Vertrages oder Schadenersatz.

Die Klage wurde abgewiesen mit der Begründung: Der Kläger sei nicht als Boloniar, sondern als Sattler beschäftigt worden. Der Vertrag, auf den er sich berufe, sei ein zum Zweck der Täuschung abgeschlossener Scheinvertrag. Ein derartiger Vertrag sei nichtig, es könnten keine Rechte aus ihm hergeleitet werden.

Ja, ja, die Deutschnationalen! Um in die Regierung zu kommen, suchen sie alle Welt über ihre wirklichen Absichten und Pläne zu täuschen, und um einen ihrer Schlingens als Lohnprücker unterzubringen, bedienen sie sich der Täuschung, des Scheinvertrages und des Tarifbruchs.

Jahresversammlung des AFA-Ortskartells.

In der außerordentlich gut besuchten Jahresversammlung des AFA-Ortskartells Berlin am 24. Januar, die zugleich eine Bezirkskonferenz des AFA-Bezirkskartells Groß-Berlin darstellte, gab der Vorsitzende Flatau einen ausführlichen Geschäfts- und Rollenbericht.

Hierbei hob er vor allem die durch die katastrophale Erwerbslosigkeit geschaffene Notlage der Berliner Angestellten hervor. Von den jetzt gezählten rund 285 000 erwerbslosen Arbeitnehmern dürften unter Zugrundelegung der bisherigen Schätzungsziffern annähernd 40 000 erwerbslose Angestellte sich befinden. Dies stellt eine Steigerung von 23% Proz. gegenüber dem Ende von 1925 dar. Es wurde darauf verwiesen, daß es sich hier nicht um einen Zustand von bestimmter zeitlicher Abgrenzung handele, sondern um einen Dauerzustand, dem wirksam nur abgeholfen werden könnte durch eine intensiver zu betreibende Lösung des Problems der Umjüngung und des Berufsausgleichs. Es wurden dann noch erwähnt die Arbeiten des Ortskartells auf kulturellem Gebiet im Zusammenhang mit der Tätigkeit im Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin, dessen bisherige Arbeitsergebnisse in der nächsten Zeit zu besonderen Entscheidungen führen müssen. Das Wirken der AFA-Vertreter im Landesarbeitsamt und in den Arbeitsnachweisen wurde erwähnt, wie auch die Ergebnisse der Betriebsrätearbeit und Betriebsratwahlen.

Die Gesamtmittgliederzahl des AFA-Ortskartells von rund 48 000 hat sich am Schluß des Berichtsjahres nicht verändert, was als ein günstiges Moment bezeichnet werden kann.

Gemäß dem Antrag der Revisoren wurde dem Vorstande des Ortskartells einstimmig Entlastung erteilt. Bei den dann vorgenommenen Wahlen wurde der bisherige geschäftsführende Vorsitzende, Flatau, einstimmig wiedergewählt. In Stelle des wegen auswärtiger Berufstätigkeit ausgeschiedenen bisherigen ehrenamtlichen Vorsitzenden, Reichel, wurde einstimmig Fritz Kössner vom Buiab, Betriebsratsmitglied der AEG-Turbine, gewählt. Die übrigen Wahlen und Delegationen erfolgten gleichfalls einstimmig nach den vorliegenden Vorschlägen.

Abkommen mit Polen und Danzig.

Am 24. Januar wurde in Berlin ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig über die Durchführung des Artikels 312 des Vertrags von Versailles unterzeichnet.

Es handelt sich um ein Abkommen, das auf dem Gebiete der Sozialversicherung die mit dem Ausscheiden des Danziger Staatsgebietes aus dem Deutschen Reich zusammenhängenden Fragen regelt. Im einzelnen ist bestimmt, welche Rentenverpflichtungen in Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung endgültig auf die Freie Stadt Danzig übergehen. Der Betrag, den das Deutsche Reich zur Abfindung aller Ansprüche aus den genannten Versicherungszweigen nach Artikel 312 des Versailler Vertrags an Danzig zu zahlen hat, ist auf 5,5 Millionen Mark festgelegt worden.

Ferner sieht das Abkommen eine besondere Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen über die Versicherung der auf Danziger Gebiet beschäftigten Eisenbahnbediensteten vor.

Ein Gewerkschaftshaus in Passau.

Wer die geistige Einstellung der Bevölkerung in unserem schwarzen Winkel kennt, wird es fast für ein Wunder halten, daß es möglich werden konnte, in der Residenz des Bischofs Feliz Sigismund ein Gewerkschaftshaus für die freigeorganierte Arbeiterschaft zu erstellen! In einer Versammlung des Ortskartells der freien Gewerkschaften ist im Frühjahr 1926 der Beschluß gefaßt worden, ein Zentralvertragsbüro zu schaffen. Es wurde eine Kommission gewählt, deren Vorsitzender Genosse Heymann, der Gründer des Breslauer Gewerkschaftshauses, alsbald Verhandlungen aufnahm, die schließlich zu einem Abkommen führten. Nach dem der Betrieb an den Weihnachtsfeiertagen bereits teilweise aufgenommen worden ist, wird in den nächsten Tagen die Eröffnung erfolgen. Auswärtige Gäste haben den Schöpfern des Passauer Gewerkschaftshauses ihre uneingeschränkte Anerkennung zum Ausdruck gebracht.

Zu den Tarifverhandlungen in Dänemark.

Durch das Lohnabkommen für die Baustoffindustrie, die Zucker-, Öl- und Margarinefabriken, worüber wir in Nummer 36 des „Vorwärts“ berichtet, ist — wie uns mitgeteilt wird — durch die noch unerledigten Tarifverhandlungen eine etwas veränderte Stimmung geschaffen. Noch nicht erneuert von den am 1. Februar ablaufenden Tarifen sind die der ungelerten Arbeiter im Bau- und Gewerbe, in der Eisenindustrie und die der Erdarbeiter; der Eisenindustrietarif ist dabei der wichtigste, weil eine Arbeitseinstellung der circa 5000 ungelerten Arbeiter die 26 000 gelerten Metallarbeiter, die ihre Tarife bereits in Ordnung haben, ebenfalls arbeitslos machen würde. Ferner treten Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Genossenschaftsindustriellen zu Tarifverhandlungen zusammen.

Der Inhalt der erneuerten Tarife besteht im allgemeinen in der Aufrechterhaltung der jetzigen Löhne. Sowohl Arbeitgeber wie Gewerkschafter haben ihre Forderungen auf Verminderung bzw. Erhöhung fallen gelassen.

Kommunistische Gewerkschaftswindstucht.

Barmen, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Wahl der Ortsverwaltung Barmen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, die gestern stattfand, entfielen auf die Liste Amsterdam 86, auf die KPD 14 Proz. der abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten, die bisher vier Sitze in der Ortsverwaltung hatten, scheiden damit ganz aus.

Proteststreik wegen Entlassung dreier Bergleute.

Saarbrücken, 26. Januar. (Mit.) Die gesamte Belegschaft der Grube „Reifen“ ist aus Anlaß der Entlassung von drei Bergleuten, die beschuldigt wurden, aus Fahrlässigkeit den großen Grubenbrand vor einigen Tagen verursacht zu haben, heute in einen Proteststreik getreten.

Verantwortlich für: Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftsbewegung: Dr. Eickens; Revision: Dr. John Schlotzki; Politik und Sonstiges: Fritz Rarhödt; Angelegen: Th. Gledel; Illustration: Berlin: Bornhärt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhärt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 7.

Machtpolitik der Textilbarone.

Der Verband sächsisch-thüringischer Webereien berichtet.

Der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien bemüht überflüssigerweise den § 11 des Pressgesetzes, um uns folgende Berichtigung zu schicken:

Es ist nicht richtig, wie in einem „Machtpolitik der Textilbarone“ überschriebenen Artikel des „Vorwärts“ Nr. 36 vom 22. Januar 1927 berichtet wird, daß der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien G. B. Greiz an seine Mitglieder in Gera-Reuß die Anordnung gegeben habe, von ihren Arbeitern ohne Rücksicht auf das Verlangen eines wirtschaftlichen Bedürfnisses Mehrarbeit über 48 Wochenstunden hinaus zu verlangen, und daß die Geraer Webereibetriebe entsprechend dieser Anordnung verfahren und dem mit den Gewerkschaften im freien Vertrage vereinbarten Mehrarbeitsabkommen entgegengehandelt hätten.

Richtig ist vielmehr, daß der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien seinen Mitgliedern weder jetzt noch früher eine mündliche oder schriftliche Anordnung über den Umfang der Anwendung des Mehrarbeitsabkommens gegeben, im Gegenteil ihnen jederzeit völlig freie Hand gelassen hat, und daß dementsprechend die Geraer Mitgliedsbetriebe nur aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen und in letzter Instanz von ihrem vertraglichen Anspruch auf Mehrarbeit bis zu fünf Stunden in der Woche Gebrauch gemacht haben. Zurzeit wird nur etwa von der Hälfte dieser Betriebe länger gearbeitet.

Dazu bemerken wir: Bisher war in Gera-Reuß der Achtstundentag die Regel und die tarifliche Mehrarbeit die Ausnahme. Wie der Verband Sächsisch-Thüringischer Webereien in keiner Berichtigung selbst zugibt, wird gegenwärtig in der Hälfte der Betriebe Mehrarbeit geleistet. Als diese Mehrarbeit von den Unternehmern den Betriebsräten angekündigt wurde, drückten diese ihr Erstaunen darüber aus, weil erstens Materialmangel herrschte und zweitens Webstühle leer standen, während gleichzeitig eine nicht unerhebliche Anzahl Arbeitsloser auf Einstellung warteten. Es lag also kein wirtschaftlich zwingender Grund vor, die tarifliche Mehrarbeit zu verlangen.

Die Unternehmer erklärten den Betriebsräten übereinstimmend, daß sie selbst nichts dagegen tun könnten, weil sie die Anordnung von ihrem Verbandsverbande erhalten hätten, die Leistung der tariflichen Mehrarbeit zu verlangen.

Wir können hier nicht entscheiden, ob die Angaben der Unternehmer, oder, ob die des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webereien

Berliner Elektriker Genossenschaft
angeschl. dem Verb. soc. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Platzburg 9831
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 39-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königsstadt 146
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Ver-
sauer aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführ. sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Reine Koch-, Back-
Butter 1.40
Altertastele
Fisch-Butter 1.80
Wegner, Berlin 50
Mariannenstraße 34
**Wasserkräftige
Karnivals-
mützen**
1. Vereine u. Gesell-
schaften, preiswert
sollt lieferbar.
Moritzplatz 90/1.

Ischias
in 10-15, 20-30
Tagen, 2-3
Wochen, 4-6
Monaten, 8-12
Jahren
schmerzlos
heilbar
in 10-15, 20-30
Tagen, 2-3
Wochen, 4-6
Monaten, 8-12
Jahren
schmerzlos
heilbar

HUNDE
Katzen, Papageien und alle
Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
neben Kriegervereinshaus
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

Radclatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 122-123
Gegen 12 Monats Raten
VERLANGEN SIE SONDERANGEBOTE!
Wäsche-Maschinen, Nähmaschinen, Staubsauger, Elektrische Lampen, Elektrische Heizungen, Elektrische Ventilatoren, Elektrische Wasserpumpen, Elektrische Wassermotoren, Elektrische Wasserkraftmaschinen, Elektrische Wasserräder, Elektrische Wasserpumpen, Elektrische Wassermotoren, Elektrische Wasserkraftmaschinen, Elektrische Wasserräder.

Soeben erschienen:
Spätherbstblüten
von
Adolph Hoffmann
gerahmte u. ungerahmte Lebensbilder
enthält:
Novellen, in höheren Re-
gionen, Lustdrama, Trauerspiele,
Eine moderne Justiztragödie
Gerahmte Lebensbilder, Erzähl-
und heitere Gedichte aus dem Leben
Illustriert
von Willi Steinert
6 Vollbilder und das Porträt des
Verfassers mit Faksimile (Jubilä-
umsbild). 94 Seiten, eleg. cart. n.
Preis M. 1,50 (Porto 10 Pf.)
Zu beziehen durch den Verleger
Berlin O 17, Kopenstr. 6 II,
und durch alle Vorwärts-Ausgabe-
stellen

Nur der Stempel
Original Fe ema
bürgt für die Echtheit unserer ver-
besserten, elastischen u. geräuschlos.
Patent-Ketten-Matratze
Patentamtlich geschützt Nr. 876 999
für schwerste Belastung, überall erhältlich.
20 Jahre Garantie
Berliner Feder-Matratzen-Fabrik
H. v. O. 7, K. v. O. 72 e 45
Alberi Springare
Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 6376
Lothringer Str. 107, Ecke Linien-
straße 14, am Prenzlauer Tor.